

Sächsische Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden-Mittstadt 16, Kolbenstraße 46
Telefon 82722 / Postfachkonto Dresden 14797

• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •

Druck und Verlag:
Saxonia-Verlagsanstalt G. m. b. H.
Dresden-Mittstadt 16, Kolbenstraße 46

Der echte Föderalismus

Von Dr. Heinrich Scherp.

Die bayerische Regierung hat eine Denkschrift zur Angelegenheit der Weimarer Verfassung im föderalistischen Sinne ausgearbeitet und dem Reichstag Ende der vergangenen Woche überreicht. Damit ist das alte Problem deutschen föderalistischen Schicksals: Unitarismus oder Föderalismus, Einheitsstaat oder Bundesstaat, nunmehr wieder in ein offizielles Stadium der Diskussion gerückt. Man kann darüber streiten, ob der Zeitpunkt für die Eröffnung dieser Diskussion glücklich gewählt ist. Aber auch wenn man der Ansicht ist, daß die Stunde zur Erörterung dieser Dinge unpassend sei, so kann man sie nicht einfach mit dem Hinweis darauf abtun. Auch nicht mit dem Hinweis, daß gerade die bayerische Regierung im Hinblick auf die jüngste Vergangenheit moralisch nicht legitimiert sei, größere Selbständigkeit für die deutschen Länder zu fordern. Sondern man wird einsehen müssen, daß hier eine für den Aufbau unseres künftigen Lebens überaus wichtige Frage zur Entscheidung steht, und daß diese Frage früher oder später einmal gelöst werden muß.

Man braucht sich dabei nicht zu erheben. Denn beide, der Unitarismus und der Föderalismus lassen sich mit guten sachlichen Gründen verteidigen. Und am Ende besteht ein tiefer Gegensatz nur zwischen einem falschen Unitarismus und einem mißverstandenen Föderalismus, während ein organischer Unitarismus und ein auf das Ganze lebendig bezogener Föderalismus sich etwa auf einer mittleren Linie treffen. Es wäre also eigentlich nur die Frage zu untersuchen, ob der unitarische Charakter der Weimarer Verfassung überbunden ist, und ob hinter den von Bayern vorgebrachten Wünschen der Geist eines echten und gesunden Föderalismus steckt, oder ob nicht am Ende der angezogenen Denkschrift der Föderalismus schon in Partikularismus entartet ist.

Man pflegt als Beispiel für einen unitarischen Staat gewöhnlich das moderne Frankreich, als Beispiel für einen föderalistischen Grundgedanke errichteten Staat das Deutsche Reich Bismarcks, sowie es von 1871—1913 aus 26 Bundesstaaten bestand, anzuführen. Aber gerade mit diesen Beispielen werden die Begriffe verwechselt. Frankreich ist freilich ein unitarischer Staat, aber in seiner Verfassung ist das unitarische Prinzip so scharf überstrichen, daß keine Schäden offen zutage liegen. Der „Wasserkopf“ der Hauptstadt faßt alle Kräfte von der Provinz ab, eine allmächtige Zentralbürokratie reglementiert alle öffentlichen Angelegenheiten bis in die kleinsten Gemeinden hinein. Die Kräfte der Provinz verflüchtigen. Paris ist Frankreich. Der Geist der föderalistischen und zentralistischen Staat gebaut hat, kommt geradezu aus dem Gegenteil, die sich geistesgeschichtlich etwa mit dem Stichwort „Kaiserreich“ umschreiben lassen. Es gehört zu dem eigentlichen Geiste der Verfassung, daß sie die naturgemachten Bindungen der Menschen zerstört, natürliche Gemeinschaft in eine atomisierte Gesellschaft auflöst und zerlegt und schließlich die formlos gewordenen Massen, ganz als sei einer genau so wie der andere, nach einem rein mechanischen Schema von oben her durchorganisiert. So entsteht der Apparat der zentralen Bürokratie und des zentralen Parlamentarismus, die nie die ganze Wirklichkeit erfassen, nicht aus hohemstandigen und unwürdigen Leben von unten her herwachsen, sondern fix und fertig von oben her aufgebracht werden. In einem so aufgebauten Staat ist der Unitarismus verankert. Er sieht nur unitarisch aus, ist aber so wenig einheitlich wie eine Masse verschiedener veranlagter und gesinnter Menschen, die alle in die gleiche Uniform gezwängt werden.

Andererseits war aber auch der Föderalismus des Bismarckschen Reiches nicht echt. Es war freilich der Form nach ein Bündnis, eine Föderation von 26 Staaten, aber den Machtverhältnissen und dem Geiste nach war es ein den übrigen Staaten aufgezwungenes Feudal. Aber auch wenn die Machtverteilung anders und gleichmäßiger gewesen wäre, auch damit wäre der echte Föderalismus noch nicht gegeben. Denn echter Föderalismus entsteht nicht dadurch, daß mehrere Staaten sich verbinden, sondern dadurch, daß lebendige Glieder zu organischer Einheit zusammenwachsen. Echter Föderalismus muß ganz von unten anfangen. Die Menschen, die landwirtschaftlich, handwerklich, beruflich und wirtschaftlich vor dieselben Probleme gemeinschaftlicher Arbeit gestellt werden, verwalteten zunächst im kleinsten Kreise ihre Angelegenheiten selbst; wenn sich Aufgaben herausstellten, die über diesen engeren Kreis hinausreichten, dann traten die Gemeinschaft neue und immer höhere, immer weitergreifende Organe aus sich hervor, dann wuchs ein wirklicher Staatskörper von unten herauf durch eine immer weiter ausgebauten Selbstverwaltung der einzelnen Glieder organisch zusammen. Was sich im kleinsten Kreise, in einem Dorfe, einer Stadt, einer Landschaft, einem Wirtschaftsgebiet regeln läßt, das wird dort geregelt, was größere Kreise angeht, das wird von diesen erledigt und was alle Kreise zusammen angeht, das wird zentral geregelt. Das ist der echte Föderalismus, das ist der Weg, der zu föderativer und organischer Gliederung eines Volkes und auf derselben Linie weiter auch zu einer Gliederung und Ordnung der Völker führt.

Dieser echte Föderalismus hat es im Reiche Bismarcks nicht gegeben. Denn die einzelnen Bundesstaaten waren nicht natürlich gewachsene Glieder, sondern jeder für sich nach bismarckischen Gesichtspunkten streng zentralistisch organisiert. Nicht ein Bündnis von Staaten machte den Föderalismus. Aus hundert unitarischen Staaten wird kein wirklich föderalistischer, und das heißt immer organisch gewachsener Gesamtstaat, und umgekehrt: Alle Einzelstaaten können verschwinden und es kann doch ein ganz nach föderalistischen Gesichtspunkten aufgebauter „Einheitsstaat“ entstehen.

Wenn man sich diese Dinge einmal klar gemacht hat, wird man leicht erkennen, daß die bayerische Denkschrift auf einem falschen Wege ist, gerade dann falsch, wenn sie wirklich eine Angelegenheit der Weimarer Verfassung in echt föderalistischem Sinne ist. Es ist kein Zweifel darüber, daß die Weimarer Verfassung den echten Föderalismus nur in schwachen Ansätzen kennt, und es ist unsere wichtigste innerpolitische Aufgabe, diese Ansätze zu entwickeln und weiterzubilden. Das fällt zusammen mit der Aufgabe,

Der Kampf gegen den Separatismus

Lord Grey fordert neue Wege der englischen Außenpolitik — Geheimhaltung der Verhandlungen der Sachverständigenausschüsse — Auch ein englisch-schweizerisches Abkommen?

Die Entrüstung Lord Greys und Curzons

London, 16. Januar. In seiner Rede im Oberhaus verlangte Lord Grey, daß die Alliierten im Rheinlande jede Separatistenbewegung energisch bekämpfen sollten, die nicht auf gesetzmäßigem Wege verläufe, eine Völkervereinigung zu verwirklichen. In seiner Gegenrede sagte Lord Curzon über die Separatistenbewegung, sie sei keine Völkervereinigung, sondern von wenigen unerkennlichen Elementen der Bevölkerung inspiriert. Lord Curzon erklärte sich mit jedem Wort, das Lord Grey über diese Bewegung gesagt hat, einverstanden. England habe gegen die Anerkennung der Veränderungen dieser Regierung protestiert, weil die Rheinlandskommission überhaupt nicht das Recht habe, zur innerpolitischen Gestaltung Deutschlands Stellung zu nehmen, sondern nur dazu, um über die Sicherheit der Besatzungsbezirke zu wachen. Frankreichs Widerstand gegen eine englische Garantie in der Pfalz durch den zuständigen englischen Konsul sei unangebracht.

Der Protest der Pfälzer

Mannheim, 16. Januar. Der englische Generalkonsul und Vizekonsul Glive hat dem Wunsch der pfälzischen Bevölkerung entsprechend gestern im Rathaus in Mannheim, wo er abgetreten war, hiesige Vertreter der Bevölkerung zu einer Aussprache eingeladen. Einen besonders tiefen Eindruck machte die Erklärung eines Arbeitervertreters, daß die Völkervereinigung der separatistischen Bewegung auf das Unmögliche verweist und die unläutersten Elemente, die die Gewalt an sich gerissen haben, niemals als eine rechtmäßige Regierung anerkennen würden. Es war ein Augenblick von historischer Bedeutung, als die deutschen Vertreter der Bevölkerung, der Pfälzer von Speyer und der Pfälzer der protestantischen Kirche durch Erheben von den Sitzen ihre Zustimmung zu jener Erklärung gaben: Die hiesigen Vertreter sämtlicher Volksschichten, aller politischen, wirtschaftlichen und Berufsstände der Pfalz erklären dem englischen Generalkonsul Glive als den Befehlenden der Regierung Großbritannien, daß die pfälzische Bevölkerung auch unter den härtesten Bedingungen der Gewalttätigkeit fremder, geistig minderwertiger Elemente als einer Landesregierung, nichtig und unannehmlich niemals folgen wird. Nur durch die Unterstützung der Separatisten durch die französischen Besatzungsbehörden wurde diese Gewalttätigkeit gegen ein wehr- und waffenloses Volk möglich. Im Namen der Pfälzer und der deutschen Bevölkerung wird ein föderalistischer und wirtschaftlich hablichscher Bevölkerung von 800.000 treubürgerlichen Pfälzern bitten um den Vertreter der britischen Regierung bei seiner Regierung dahin wirken zu lassen, daß in unserer Pfalz wieder der Rechtsboden der bismarckischen und Weimarer Verfassung, des Reichsvertrages und des Rheinlandabkommens geschaffen wird und die pfälzische Bevölkerung von der separatistischen Tyrannnei befreit wird.

Die englische Thronrede

London, 16. Januar. Der König begab sich gestern in dem üblichen zeremoniellen Aufzug nach Westminster, um dort den alljährlichen Thronrede vor dem Parlament mit einer Thronrede zu eröffnen. Das Unterhaus war bei der Eröffnung in Erwartung der Thronrede über die Thronrede nicht besetzt. Die Regierung war voll vertreten. Auf der Oppositionsbank saßen einig gebürtig alle Führer der Oppositionsparteien, u. a. Asquith, Ramsay MacDonald und Lloyd George nebeneinander. Unter den auf der Tribüne anwesenden Diplomaten wurde besonders der neuernannte australische Vizekonsul Kellogg bemerkt. Der König sagte in seiner Rede:

Meine Beziehungen zu den auswärtigen Mächten werden auch weiterhin freundschaftlich Natur sein. Ich freue mich, mitteilen zu können, daß in der Lösung der Fragen, die bisher den Weg gegenseitigen Verständnisses behinderten und die Wiederherstellung der Welt verzögert haben, ein endgültiger Fortschritt erzielt worden ist.

Der König wandte sich darauf den innerpolitischen Fragen zu und bemerkte einleitend über das Ergebnis der um den Schulzollge danken ausgefochtenen letzten Wahlen: Während ich mich freuen, feststellen zu können, daß die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit genehmigte in der Ausführung begriffene Maßnahmen das wertvolle Ergebnis gehabt haben, im Laufe des letzten Jahres die Arbeitslosen zu vermindern, so ist dennoch diese Zahl der Arbeitslosen für mich der Gegenstand sorgenvoller Betrachtungen. Meine Minister unterbreiteten vor kurzem dem Lande Vorschläge, die geeignet sind, die Lösung dieses Problems wieder zu beschleunigen, wodurch der Industrie in weitestgehendem Maße größere Sicherheit auf dem einheimischen Markt und für die Wirtschaft der Industrie ihrer Erzeugnisse in die überseeischen Dominions und in das Ausland geboten werden sollten. Aber diese Vorschläge sind vom Lande nicht angenommen worden. Unter diesen Umständen wird um Ihre Zustimmung zur Ausdehnung und Verwirklichung der nach den Vorschlägen der

die formale Demokratie durch eine organische Demokratie zu überwinden.

Die bayerische Denkschrift wird nicht zu solchem Ziele führen. Es sei nicht verkannt, daß sie manchen gesunden Gedanken enthält, aber grundsätzlich ist sie auf dem falschen Wege, nicht weil sie zu viel, sondern weil sie zu wenig Föderalismus bietet, weil sie keinen echten, sondern einen partikularistischen Föderalismus will. Denn was diese Denkschrift im wesentlichen verlangt, das ist nicht eine organische Weiterbildung

Wirtschaftsministerkonferenz vorgeschlagenen Handelsverhandlungen gehen, um gewisse öffentliche Unternehmungen innerhalb des Imperiums zu unterstützen.

Nach Verlesung der Thronrede ergriß MacDonald das Wort zu folgenden Ausführungen: Die Lage in Europa gleiche derjenigen vom Jahre 1913 mit rivalisierenden Nationen und einer rivalisierenden nationalen Politik und ungleichen Aufgaben für diplomatische Verhandlungen. Die Nationen, die alliiert seien, betrachteten einander mit hochgehobener Feindseligkeit. Der Einfluß Großbritanniens müsse wieder hergestellt werden durch geschickte Handhabung einer Politik der Voraussicht bei Beobachtung der Empfindlichkeiten anderer Völker, verbunden mit einer freundschaftlichen, aber festen Betonung der Interessen Großbritanniens. Ein europäischer Ausblick sei erforderlich, und wenn dieser gefehlt sein würde, verweise er nicht an Europa. Großbritannien hätte heute keine entscheidende, bestimmte oder nickende Politik auf dem Kontinent, und es sei Zeit, diesen Wandel zu schaffen. Die Regierung hätte das Vertrauen des Hauses und des Landes verloren. (Lauter Beifall bei der Arbeiterpartei.) MacDonald schloß seine Rede mit folgenden Worten, die auch die Not in Mitteleuropa herbeigeführt werden sei, und erklärte, hier würde Einhalt getan werden. England sollte klar und deutlich erklären, daß es hier Einhalt tun wolle, und sollte bereit sein, seinen Anteil zu übernehmen, eine Politik zu beginnen und eine Maßnahme zu schaffen, die diese Lage bessern würde.

Nach MacDonald sprach Lloyd George. Er drückte die Hoffnung aus, daß jede kommende Regierung, welcher Art sie auch sein möge, die Autorität und den Einfluß zu wahren wolle, auf den England um seiner Macht und seiner Ehre willen Anspruch habe.

Die Ansprache im englischen Oberhaus

London, 16. Januar. Im Oberhaus ergriß in der Debatte über die Thronrede als Vertreter der liberalen Partei Lord Grey das Wort: Obwohl die Reparationskommission nunmehr zwei Sachverständigenausschüsse zur Untersuchung der finanziellen Lage Deutschlands eingesetzt habe, sehe er durchaus nicht optimistisch in bezug auf die Lage in Europa. Europa wende sich immer auf den alten Wegen, die es schon vor dem Weltkrieg beschritten habe und wenn es auf diesem Wege fortfahren werde, gerade es in immer bellagenderen Zustände. Die europäischen Nationen wählen einen neuen Weg einschlagen, wenn sie zu engerer Sicherheit gelangen wollen und der einzige, den er dafür sehe, sei der, daß jede Nation das Bismarckabkommen unterzeichne, das heißt, daß ihre bewaffnete Macht nur noch unter der Leitung des Völkerbundes eingesetzt werden kann. Mit Bezug auf die außenpolitischen Angelegenheiten sprach sich Lord Grey darüber aus, daß es angesichts des B-Vorteilhaftens durchaus wünschenswert wäre, wenn die künftigen Außenminister die Führer der beiden anderen Parteien regelmäßig bei sich empfangen und die Grundlinien seiner Außenpolitik mit ihnen erörtern, so daß er jeden konnte, daß er hierin die allgemeine Unterstützung des Landes hinter sich habe. Eine ständige Zusammenarbeit zwischen den Liberalen und der Arbeiterpartei sehe er an und für sich nicht bevor. Grey fügte hinzu, daß er der kommenden Regierung zuneige sei. Vereinigungswahlentwurf entgegenstehe. Mit Bezug auf die Außenpolitik seien die Ziele der Liberalen dieselben, wie die der Arbeiterpartei.

Lord Curzon erwiderte: Es sei wahr, daß schwere Wunden über der internationalen Situation lägen. Die Regierung sei der Ansicht, daß der einzige Schlüssel zur Lösung in der Aufrichterhaltung der Entente liege und in den letzten Jahren habe die englische Regierung wichtige Veränderungen in dieser Richtung unternommen. Es sei für volle Öffentlichkeit der Regierungspolitik, denn sie öffentlicher sei der sich zue, desto besser werde im Lande erkannt werden, wie angebracht sie gewesen sei, und wie wenig sie den Sonstigen der Unentschiedenheit und der Ohnmacht bediene, der so wirksam gegen sie erhoben werde.

Gegen den Frankenkurs

Paris, 16. Januar. Nach dem gestrigen Ministerrat wurde zur Wiederherstellung der französischen Finanzlage beschlossen, die allgemeinen Steuern um 10 Prozent zu erhöhen. Die französische Regierung beabsichtigt ferner, eine Reihe von Gesetzesvorlagen einzubringen, die sich hauptsächlich auf die Bekämpfung der Steuerpflicht und die Einschränkung der öffentlichen Ausgaben beziehen. Außerdem sollen sämtliche mit Ausgaben verbundenen neuen Projekte vorläufig fallen gelassen werden. Neben der Aufhebung von zwei Zuschlagssätzen auf die Einkommensteuer sei heute in der Kammer verhandelt worden. Die Regierung beabsichtigt sich darauf, auf rasche Abkündigung zu drängen und wird bei dieser Gelegenheit die Vertrauensfrage stellen. Schließlich haben die Minister noch andere Maßnahmen, über die nicht bestimmt verhandelt, zur Verhütung des Frankenkurses ergriffen.

und Neuordnung der Dinge, sondern eine mechanische Nachbildung auf das Alt. Es wirkt geradezu wie tragische Komie, daß ausgerechnet von Bayern, das eine so gute und gesunde echt föderalistische Tradition hat, daß ausgerechnet von diesem Bayern die Rückkehr zum Reiche Bismarcks gefordert wird. Gerade weil wir uns mit der guten echten, gesunden föderalistischen Tradition Süddeutschlands innerlich verbunden fühlen, gerade deshalb müssen wir vor einem Wege warnen, der das Beste zu verfallenen und das Gute zu verderben droht.